

NRW > Städte > Erkelenz > Erkelenz: Bürgermeister >

RP+ Bürgermeister Muckel stellt sich quer

Erkelenz verweigert Lützerath-Räumung

Erkelenz · Bürgermeister Stephan Muckel widersetzt sich einer Anweisung der Bezirksregierung Köln und wird den Ort am Tagebau Garzweiler nicht räumen lassen. Welche Konsequenzen das für ihn hat und wie es nun weitergeht.



Im Februar kam es in Lützerath zu einem Großeinsatz, nachdem Aktivisten Steine auf Polizisten warfen. Die Polizei schickte daraufhin einen Räumpanzer.

Foto: dpa/Arnulf Stoffel



Von Christos Pasvantis

Der Erkelenzer Bürgermeister Stephan Muckel weigert sich, die Räumung des besetzten Dorfs Lützerath am Tagebau Garzweiler einzuleiten. Ein entsprechendes Schreiben soll die Bezirksregierung Köln in der kommenden Woche erreichen.

Vorausgegangen war eine ordnungsbehördliche Weisung der Bezirksregierung an den Kreis Heinsberg, die die Stadt Erkelenz am Dienstag erreichte.

Vorausgegangen waren der Weigerung unterschiedliche Auffassungen über die Zuständigkeit für den Polizeieinsatz zur Räumung Lützeraths, der voraussichtlich Anfang Januar beginnen wird. Während das Land NRW die Stadt Erkelenz in der Verantwortung für eine Räumung sieht, möchte die Stadt mit der Aktion nichts zu

tun haben und sieht das Land in der Pflicht.
„Ich bin der Auffassung, dass bundes- und landespolitische Entscheidungen zur bundesweiten Energieversorgung auch dort vollzogen werden müssen, wo sie getroffen werden“, sagte Stephan Muckel. „Wenn Sie ungebetene Gäste in ihrem Garten haben, dann rufen Sie doch auch nicht den Bürgermeister an, sondern die Polizei.“

Info

Bergbehörde genehmigt Betriebsplan

Zulassung Die zuständige Bergbehörde der Bezirksregierung Arnsberg hat den Hauptbetriebsplan für den Tagebau Garzweiler bis 2025 zugelassen, der auf den Kohleausstieg 2030 ausgerichtet ist. Das teilte die Behörde am Donnerstag mit. Der alte Betriebsplan läuft Ende des Jahres aus.

Darüber hinaus habe sich die Stadt Erkelenz seit Jahrzehnten klar gegen den Tagebau Garzweiler positioniert. „Wir lehnen den

Tagebau ab und sind der Meinung, dass jeder erhaltene Quadratmeter Erkelenzer Land ein guter Quadratmeter ist“, sagte Muckel, der auf einen gleichlautenden Beschluss des Erkelenzer Stadtrats aus dem Mai 2021 verweist.

So leben die Aktivisten
in Lützerath



17 Bilder

Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

Muckel droht mit der Entscheidung zur Weigerung ein Disziplinarverfahren, in dessen Konsequenz rein theoretisch unter

anderem eine Gehaltskürzung oder gar eine Amtsenthebung stehen könnte.

Unklar ist nun, wie es mit der Weisung der Bezirksregierung Köln weitergeht. Derzeit liegt die Weigerung der Stadt Erkelenz beim Kreis Heinsberg als übergeordnete Behörde. Dessen Landrat Stephan Pusch hat nun zwei Optionen: Er kann ordnungsbehördlich die Räumung Lützeraths einleiten oder sich ebenfalls weigern. Im letzteren Fall droht auch Pusch ein Disziplinarverfahren, die Bezirksregierung Köln würde dann wohl im Auftrag des Landes NRW die Räumung einleiten. Man sei derzeit dabei, das Schreiben zu prüfen, sagte ein Kreissprecher am Freitag auf Anfrage.

Das könnte Sie auch interessieren



An der sicher bevorstehenden Räumung Lützeraths sowie der anschließenden Rodung und des Abrisses des Ortes ändert die behördliche Posse allerdings nichts. Die Polizei bereitet sich derzeit auf ein Eingreifen im Januar vor. Der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach sagte unserer Redaktion in dieser Woche, dass er von einem „mehrwöchigen Einsatz“ ausgeht. Dabei spielt auch der Faktor Zeit eine Rolle: Die Rodungssaison in NRW läuft

nur bis Ende Februar. Bis dahin muss der Ort dem Erdboden gleich gemacht sein, wenn die Braunkohle unter Lützerath in diesem Jahr noch in Anspruch genommen werden soll. Zudem beginnt mit Altweiber am 16. Februar die Hochphase des Straßenkarnevals, in der NRW-weit ebenfalls tausende Polizisten gebraucht werden. Abriss und Rodung werden dabei von Tagebaubetreiber RWE durchgeführt.

In Lützerath leben derzeit knapp 100 Aktivisten in einigen besetzten Häusern und Höfen sowie in einem Camp, das aus Baumhäusern, Zelten und weiteren Strukturen besteht. Nach Informationen unserer Redaktion sollen sich darunter auch knapp zwei Dutzend potenziell gewaltbereite Personen befinden, die der linksextremen Szene zugeordnet werden

können. Für den Fall, dass es im Januar zu einer Räumung kommt, haben zahlreiche Klimaschutzorganisationen und mehr als 10.000 Menschen angekündigt, sich der Polizei in den Weg stellen zu wollen. Es könnte potenziell der größte Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen werden.

Diesen Rekord hält bislang der hochumstrittene Einsatz im Hambacher Forst im Jahr 2018, den das Verwaltungsgericht Köln im Nachhinein als rechtswidrig eingestuft hatte. Auch damals hatte es im Vorfeld unterschiedliche Auffassungen über die Zuständigkeit für den Einsatz gegeben. Die Stadt Kerpen hatte sich zunächst geweigert, nach einer offiziellen Anweisung der Landesregierung allerdings doch noch den Polizeieinsatz angeordnet.

Genau diese ordnungsbehördliche Weisung zur Räumung hat der Erkelenzer Bürgermeister Muckel nun verweigert, was ein bundesweit einmaliger Vorgang sein dürfte.

NRW-Innenminister Herbert Reul und Wirtschaftsminister in Mona Neubaur hatten die Bezirksregierung Köln zuvor gebeten, wegen einer „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die Räumung Lützeraths zu veranlassen. Die Ministerien begründet die Notwendigkeit der Inanspruchnahme des Dorfs mit mehreren unabhängigen Gutachten, nach denen der nötige Kohlebedarf bereits im Jahr 2023 ohne Lützerath nicht mehr gedeckt werden könne und die dann noch maximal mögliche Fördermenge „zum Teil deutlich überschreiten“ würde.

Sie wollen zu diesem und weiteren Themen
aus Erkelenz auf dem Laufenden bleiben?
Dann abonnieren Sie jetzt kostenlos unseren
“Total Lokal”-Newsletter!

63 Kommentare

Älteste zuerst ↓

Borusse157

Freitag, 9. Dezember 2022, 16:02 Uhr

Respekt für den Erkelenzer
Bürgermeister, da hat mal einer echtes
Stehvermögen.

Bobo67

Freitag, 9. Dezember 2022, 17:42 Uhr

John Holmes hatte stehvermögen.

Und wo hat ihn das hin gebracht? 🤔

alwarp Freitag, 9. Dezember 2022, 16:04 Uhr

Wir haben jahrzehntlang von und mit der Braunkohle gelebt. Viele haben neue Häuser gebaut und sind „angekommen „. Was wollen die militanten Gegner in Lützerath ? Ihren Frust über die aktuellen Verhältnisse ausleben ?! Das ist ok aber die gewaltbereiten „Berufsprotestanten“ sollten das Feld räumen. Der Strom kam aus der Steckdose und wie soll es weiter gehen? Atomkraftwerke aus, Windräder verschandeln die Landschaft , Autos brauchen Strom , Energiepreise ruinieren Haushalte , die Zeche zahlt der Bürger , die Multis lachen sich ins Fäustchen. Die

Deindustrialisierung von Deutschland ist eingeleitet. Ideologie ernährt keine Bürger ! Wo sind Kompromiss mit Zukunft ??? Fehlanzeige : die Proteste wo gegen „für was ???

maerz.daniel

Sonntag, 11. Dezember 2022, 17:14 Uhr

Also Sie gehören auch zu denen, die nicht verstanden haben, dass den kommenden Generationen die Lebensgrundlage genommen wird, nur damit Sie weiter bequem und verschwenderisch zu leben. Mir fehlt jedwedes Verständnis für diese Einstellung und Ignoranz

Frank00nix

Samstag, 10. Dezember 2022, 13:41 Uhr

„Berufsprotestanten“ Haben Sie
Luther dort gesehen oder ist vielleicht
Frau Käßman vor Ort? ° _ °

Hardy11

Freitag, 9. Dezember 2022, 16:06 Uhr

Doch einer da , wie der Herr Muckel , der
anderer Meinung ist . Im Interesse der
Allgemeinheit , des deutschen Volkes , bin
ich dafür das geräumt wird . Auch bin ich
dafür das die Windräder im Umland zügig
verschwinden , weil die halten eh nur den
Verkehr auf .

maerz.daniel

Sonntag, 11. Dezember 2022, 17:11 Uhr

Sie sind ja ein ganz ein witziger

stern.anis

Freitag, 9. Dezember 2022, 16:52 Uhr

Manch einer meint, man könne stets machen, was man möchte und wäre dabei immer dann im Recht, wenn man selbst meint, recht zu haben. Das ist offenbar die Logik dieses Bürgermeisters. Übrigens dieselbe Logik, nach der auch Putin handelt, nur das Thema und die Konsequenzen sind andere. Das sind Denkmuster, die in einer Demokratie nicht akzeptiert werden dürfen. Mein Vorschlag wäre, den Bürgermeister samt seinem Stuhl vor seine Amtstür zu befördern.

maerz.daniel

Sonntag, 11. Dezember 2022, 17:10 Uhr

Sie sind ein guter Deutscher! Hörig
und immer bereit Befehle
entgegenzunehmen.

Ralf

Freitag, 9. Dezember 2022, 18:12 Uhr

Dieser Vergleeeich ist das Letzte.

lehre_auto

Freitag, 9. Dezember 2022, 17:01 Uhr

Jetzt will man einen kleinen
Bürgermeister diesbezüglich den
schwarzen Peter zu stecken weil man
keine Eier hat. Was ist das doch eine
erbärmliche Regierung egal wo man

mittlerweile hinschaut.

realmont

Freitag, 9. Dezember 2022, 19:24 Uhr

Jau 👍

Ralf

Freitag, 9. Dezember 2022, 18:13 Uhr

In Deutschland gibt es geregelte
Zuständigkeiten.

ekkehard.knauff

Freitag, 9. Dezember 2022, 17:02 Uhr

Danke. Gut so. Wohne schräg gegenüber vom Innenministerium. Herrn Reul wollte ich noch nie begegnen. Mit meiner Partei wird zu reden sein. Keep "Lützi" free.

Lützi bleibt. Punkt

tagosierra

Freitag, 9. Dezember 2022, 20:07 Uhr

Aber Genossin Monas Partei hat doch damals (zu Regierungszeiten von Hanni und Nannis) Garzweiler 2 zugestimmt, und jetzt eben auch der Räumung von Lützerath. Was wollen Sie denn mit Genossin Mona besprechen?

Gartenfee

Freitag, 9. Dezember 2022, 17:15 Uhr

Bleiben Sie standhaft!

Hummelwiese

Freitag, 9. Dezember 2022, 17:21 Uhr

Es ist doch auch eigentlich nur schäbig, die Verantwortung für den von Landesebene angekündigten Einsatz nun auf die unterste Ebene abzuschieben. Das ist, als ob eine Lehrkraft anordnet, dass der/die Klassensprecher*in eine Strafmaßnahme für die Klasse bestimmt.

erichkoehl3

Freitag, 9. Dezember 2022, 17:26 Uhr

Das Irrenhaus Deutschland? Was zählt den noch in Deutschland? Werden Anordnungen von einem Bürgermeister ignoriert? Wo gibt es denn sowas? Wohl nur in Deutschland.

LAKL1 Freitag, 9. Dezember 2022, 17:30 Uhr

Der Bürgermeister ist Chef einer Verwaltung. Er hat gefälligst auch Dinge umzusetzen, die gegen seine Überzeugung stehen. Das ist Demokratie. Es gibt Mehrheiten. Der Rat der Stadt Erkelenz sollte dringend zusammen kommen

thexpack

Montag, 12. Dezember 2022, 08:45 Uhr

Und also solcher hat er auch immer noch das sog. Recht auf Remonstration. Daher ist ihr Einwand unbegründet.

realmont

Freitag, 9. Dezember 2022, 19:23 Uhr

Auch ein Verwaltungsbeamter muss nicht über seine moralische Einstellung Sachen die gegen sein Gewissen sind beauftragen.

[mehr laden](#)